

Die Abschaffung der Integrationsräte bzw. die Zulassung von Integrationsausschüssen in den Kommunen nach Gutdünken der Kommunen kehrt die positive Entwicklung dieser Gremien um und wirft sie um 20 Jahre zurück. Dabei ist unser Land bei Fragen zur politischen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten durch die Integrationsräte bundesweit Vorreiter [...].“

Weiterhin haben wir in den Schreiben unser Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass sich CDU und FDP erst im März dieses Jahres gegen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle gestellt und somit die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten in NRW verhindert haben. Eine Alternative weder zum Kommunalwahlrecht noch zu den Integrationsräten, um die aktive politische Mitgestaltung der Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort zu gewährleisten, wurde von den Koalitionspartnern der neuen Regierung nicht genannt.

Fazit:

Der Landesintegrationsrat lehnt die geplante Änderung der Gemeindeordnung strikt ab. Für uns ist klar, dass eine gewachsene Struktur, die aus der Initiative der Migrantinnen und Migranten selbst hervorgegangen ist und jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit erforderte, nicht abgeschafft werden darf.

Ich habe deswegen das sofortige Gespräch mit dem neuen Integrationsminister Dr. Stamp gesucht und ihm empfohlen, von der Gesetzesänderung abzusehen. Ich habe dem Minister eine konstruktive Zusammenarbeit angeboten und ihn zur nächsten Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrates NRW am 21. Oktober 2017 eingeladen. Die Staatssekretärin für Integration, Frau Güler, wurde zum Vorsitzendentreffen am 7. Oktober 2017 eingeladen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

in der derzeitigen Konstituierungsphase der Landesregierung und der anstehenden Sommerpause ist der weitere Verlauf der Angelegenheit noch nicht absehbar. Ich gehe davon aus, dass wir Konkretes von Minister Stamp und Staatssekretärin Güler bei den oben genannten Terminen erfahren werden. Sollte die Landesregierung an ihrem Vorhaben festhalten, stehen uns schwierige Verhandlungen bevor, für die ich auf Ihre Unterstützung und Solidarität angewiesen sein werde. Die Integrationsräte werden gemeinsam mit dem Landesintegrationsrat massiven Widerstand gegen die Beschneidung der Rechte der Migrantinnen und Migranten leisten müssen.

Ich bitte Sie dringend, als Vorsitzende am **Vorsitzendentreffen am 7. Oktober in Düsseldorf** und als Delegierte an der **Hauptausschusssitzung am 21. Oktober in Gelsenkirchen** teilzunehmen. Eine separate Einladung werden Sie rechtzeitig erhalten. Es wird darauf ankommen, Geschlossenheit zu signalisieren und durch Beschlüsse sowohl in den einzelnen Integrationsräten als auch in der Hauptausschusssitzung ein deutliches Zeichen zu setzen. Der Landesintegrationsrat wird zu gegebener Zeit entsprechende Beschlussvorlagen vorbereiten.

Ich hoffe jedoch, dass unser Austausch mit der Landesregierung im Herbst einen positiven Verlauf nimmt und die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land nicht ab- sondern ausgebaut werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen erholsamen Sommer und freue mich auf die Arbeit mit Ihnen in den kommenden Sitzungen.

Herzliche Grüße



Vorsitzender